

Breslauer Handels-Blatt.

24. Jahrg.

Abonnements-Preis: In Breslau
frei ins Haus 1 Zblr. 15 Sgr. Bei den
Post-Anstalten 1 Zblr. 20 Sgr.

Freitag, den 23. October 1868.

Expedition: Herrenstraße 30.
Insertionsgebühren 1 Sgr. 6 Pf. für
die Zeitszeile.

Nr. 249.

Was haben wir vom Handelstage für das Privat-Versicherungswesen zu beanspruchen?

Wir können uns zur Beantwortung dieser Frage darauf beschränken, die Hauptforderungen noch einmal zu präcisiren und an das zu erinnern, was wir oft genug an dieser Stelle über schreiende Mängel der staatlichen Behandlung des Versicherungswesens gesagt haben.

Unter allen Umständen muß die Concessionspflichtigkeit der Versicherungs-Gesellschaften aufhören. Jede Versicherungs-Gesellschaft, die bestimmte, vom Gesetze vorgeschriebene Bedingungen erfüllt hat, besteht zu Recht, wenn sie constituirte ist. Das ist die Hauptsache, welche den Versicherungs-Instituten gewährt werden muß und zwar muß diese Norm sowohl im norddeutschen Bunde, wie in den Südstaaten gleichmäßig zur Geltung kommen. Mit derselben würde der Kampf um's Dasein, den die Versicherungs-Gesellschaften bisher in allen den vielen kleinen und großen Vaterländern, in jedem besonders und mit den besonders passenden Mitteln, wahrlich nicht zum Ruhme des deutschen Namens führen mußten, endlich vollständig aufhören.

Wo die Versicherungs-Gesellschaften ihre vorgeschriebenen Verpflichtungen, die für alle gleich gelten, erfüllen, daß sie ungehindert ihr Gewerbe betreiben können, dies muß vor Allem deutsches Gemeinrecht werden, das Belieben von Behörden darf darüber nicht mehr entscheiden. Ebenso dürfen die Versicherungs-Gesellschaften keiner Beschränkung und Beaufsichtigung des Geschäftsbetriebes weiter unterworfen werden, namentlich muß das vielfach schon verhängnißvoll gewordene Verbot, daß Versicherungs-Agenten nicht im Umherziehen Versicherungen aussuchen dürfen, aufhören. Ferner ist es völlig ungerathen, die Versicherungs-Gesellschaften einer Ausnahme-Besteuerung zu unterwerfen, die die Gewerbe sonst nicht tragen. Endlich muß jegliche Bevorzugung der öffentlichen Societäten aufhören und müssen alle Versicherungs-Institute auf gleichen Fuß gestellt werden.

Das sind der Hauptsache nach diejenigen Forderungen, deren Erledigung dem Handelstage vor Allem obliegen dürfte. Das neue Versicherungsgesetz für den norddeutschen Bund wird bekanntlich vorbereitet. Die Entwürfe sind vor einiger Zeit veröffentlicht und einer eingänglichen Beurtheilung nach allen Seiten hin unterzogen worden.

Berlin, 19. October. In der am 17. d. M. hier abgehaltenen außerordentlichen General-Versammlung der Deutschen Mühlen-Assicuranz-Gesellschaft, die bekanntlich aus den Trümmern der ehemaligen Pommerischen Mühlen-Assicuranz-Societät gebildet worden ist und ihr Domicil hier am Plage hat, wurden die Herren Rentier L. Rantsch zum Betriebs-Director, Kaufmann S. Ripakewitz zum Subdirector, Fabrikbesitzer S. S. Hofstod zum Vorsitzenden des Verwaltungsrathes gewählt. Der Verwaltungsrath besteht aus den Herren Hinz aus Leterow, Lucke aus Friedersdorf, Kleinmann und Lent aus Berlin und Bittelmann aus Altenplattow. Weitere Punkte waren nach der Tagesordnung nicht zu erledigen.

Die Deutsche Mühlen-Assicuranz-Gesellschaft macht im Uebrigen bekannt, daß, nachdem durch Erlass des Ministers des Innern vom 8. Septbr. c. das neue Statut der Gesellschaft die staatliche Genehmigung erhalten hat, dieselbe berechtigt ist, Mühlen-Etablissements jeder Art in Versicherung gegen Feuersgefahr zu nehmen.

Statuten dieser auf Gegenseitigkeit basirenden Gesellschaft können bei der Direction in Berlin, Koppenhagenstraße Nr. 112, in Empfang genommen werden, die auch bereitwilligst jede gewünschte Auskunft ertheilt.

Von der Lebens-Versicherungs-Gesellschaft "Germania" in Stettin wird der B. Börs.-Z. über einen Proceß folgendes mitgetheilt: In dem betreffenden Falle hat die "Germania" den Versicherungs-Vertrag bei Lebzeiten des Versicherten aufgehoben, weil sie nach dem Abschluß desselben erfuhr, daß der Versicherte in der Declaration und dem Arzte gegenüber wesentliche, unrichtige Angaben gemacht und sehr erhebliche Thatfachen verschwiegen hatte. Die großherzoglich heftischen Gerichte haben nun in ihren Erkenntnissen allerdings unterschieden zwischen Erklärungen in der Declaration, welche wahrheitswidrig und offenbar in der Absicht abgegeben seien, die Gesellschaft zu täuschen, und anderen unrichtigen Angaben, indem sie ausführten, daß nur die Ersteren unter

gewissen Umständen Versicherungs-Gesellschaften berechneten könnten, von einem einmal abgeschlossenen Vertrage wieder abzugeben. Im Uebrigen lebt der Versicherte noch und die Auszahlung der Versicherungssumme kam also zunächst gar nicht in Betracht.

Die vereideten Börsenmakler Berlins sind, wie der "Publicist" berichtet, mit der Gründung einer Pensions- und Unterstützungskasse für verarmte Makler und deren Hinterbliebene beschäftigt.

In Landsberg a. W. hat sich eine Forstschadenversicherungs-Gesellschaft, auf Gegenseitigkeit gegründet, gebildet, deren Statut unterm 6. Mai c. die landespolizeiliche Genehmigung ertheilt und der unter demselben Datum die Concession zum Geschäftsbetriebe im preussischen Staate nach Maßgabe dieses Statuts ertheilt ist. Die Gesellschaft wird in's Leben treten, sobald ein Versicherungs-Capital von mindestens 500,000 Thlr. angemeldet sein wird.

Wien, 19. Octbr. Der Brand im Bahnhof der österreichischen Nordbahn zu Florisdorf bei Wien wird den österreichischen Versicherungs-Kammern beinahe 100,000 Gulden kosten, während die Total-Versicherungssumme 120,000 Gulden beträgt, indem der Schaden ein totaler ist. Es participiren am Schaden die Ruinione Adriatica di Sicurtà, die Azienda Assicuratrice, die Assicurazioni Generali, der österreichische Phönix und die Donau.

Unverbrechliches Papier. In den nördlichen Staaten Nordamerica's wird der Asbest in feinen, langen, seidenähnlichen Fäden in großer Menge gefunden. Der wohlfeile Preis dieses Materials, seine Unverbrechlichkeit und die schwache Wärmeleitfähigkeit haben zu Versuchen geführt, dasselbe bei der Papierfabrikation zu verwenden. Zum Zeug kommt ungefähr ein Drittel des Gewichts Asbest; das Papier verbrennt langsam und glimmend und hinterläßt einen weißen Rückstand, welcher bei sorgfältiger Behandlung die ursprüngliche Blatt- oder Bogenform beibehält. Mit gewöhnlicher Dinte geschriebene Schrift ist durch ihre gelb gewordene Farbe dann noch erkennbar, obwohl die eigentliche Papiermasse verbrannt ist.

Die Gesetz-Entwürfe enthalten manche wesentliche Verbesserung, allein einen Krebschaden in der Bestimmung, daß die öffentlichen Societäten außerhalb jener Gesetze stehen sollen! Was man mit der einen Hand giebt, würde man auf diese Weise also durch die andere Hand wieder nehmen. Das würden freilich nur diejenigen einzusehen in der Lage sein, welchen das Versicherungsgeschäft zu ihrem Lebensberufe dient, doch, es sind deren genug im Handelstage, um durch die Kraft ihres Ueberzeugungs-Vermögens zu imponiren.

Wenigen Zweigen der Gesetzgebung ist so deutlich das Kains-Zeichen unserer deutschen Verhältnisse in der Vergangenheit aufgedrückt, als dem über das Privat-Versicherungswesen. Die Zerfahrenheit unseres Vaterlandes, wie der engherzige Polizeigeist, welcher die Periode vom Ende der Befreiungskriege bis über die Mitte des Jahrhunderts beherrschte, malt sich in ihr nach allen Richtungen so deutlich, daß sie das vollständigste Bild von dem politischen Grundcharakter dieser Zeit zu geben vermag. Dazu kommen noch die Privilegien und die Concurrnz der öffentlichen Societäten, die leider nur zu oft und bis in die neueste Zeit mit den unpassendsten Mitteln betrieben wurde. Auf diese Weise ist das Versicherungswesen zu einem wahren Zerrbilde der staatlichen Wirthschaftspolitik geworden, obgleich es zu den wichtigsten Zweigen der privaten Selbsthilfe gegen die Gefahren, welche unserem Wohlstande von den Elementargewalten drohen, gehört. Und trotz alledem soll jetzt doch noch den öffentlichen Societäten eine Ausnahmestellung eingeräumt bleiben und theilweise sogar erst verliehen werden! Hierin beruht die hauptsächlichste Gefahr, welche dem praktischen Versicherungswesen überhaupt droht, alle übrigen Gefahren halten wir für irrelevant. Dem deutschen Handelstage ist es vorbehalten, sich über die Gemeinschädlichkeit jener beabsichtigten Maßregel mit überzeugendster Energie auszusprechen. Aber nicht blos in Norddeutschland, sondern in ganz Deutschland ist die Reform nothwendig. Möge der Handelstag dafür ein erstes Wort in die Waagschale werfen.

Was haben wir von dem Handelstage für das Privat-Versicherungswesen zu erwarten?

Diese Frage ist bereits entschieden, denn in dem Augenblicke, da unser Blatt die Presse verläßt, hat der vierte deutsche Handelstag seine Berathungen geschlossen und beendet. Wir werden ja bald sehen, wie! —

Breslau, 22. October. (Oberschlesische Eisenbahn. Mit Bezug auf unsere Mittheilung in Nr. 246 d. Bl. hören wir nun aus guter Quelle, daß Aussicht vorhanden ist, durch erneute Bemühungen der Direction ein Eingehen der Regierung auf die Wünsche der Actionaire erzielt und demnach diese wichtigen und für die Zukunft überaus günstigen neuen Linien der Oberschles. Bahn erhalten zu sehen. Wenn wir auch vom volkswirthschaftlichen Standpunkte aus bereit sind, allen, der Hebung des Verkehrs dienenden Projecten das Wort zu reden, so waren wir doch mit dem Votum der Actionaire in der letzten General-Versammlung der Oberschles. Eisenbahn vollständig dahin einverstanden, wonach sie die neuen Linien gern acceptiren, wenn der Verwaltungsrath bei der Regierung convenirende Bedingungen durchsetzen würde. In Folge dessen sind die Actionaire nun in einer äußerst günstigen Alternative, bei einer Einigung erhält die Bahn vortheilhafte Propositionen für die projectirten Linien, welche Schlessen mit Prag und Wien in directe Verbindung bringen und demnach für unsere Provinz von unberechenbarer Wichtigkeit sind, oder die Regierung verhindert durch Wahrung ihres Standpunktes die Neubauten, so trösten sich die Actionaire mit dem Besitze ihrer alten Linien, welche auch dieses Jahr einen unerwarteten Aufschwung genommen haben.

Nach der Zusammenstellung der Betriebs-Einnahmen der preussischen Eisenbahnen stellen sich die Mehr-Einnahmen dieser Linien folgendermaßen:

Oberschlesische Hauptbahn	.. Mehr 473,129 Thlr.
dto. Zweigbahnen	" 15,931 "
Bresl.-Posen-Logau	" 259,740 "
Stargard-Posen	" 251,517 "

in Summa Mehr 1,000,317 Thlr.

Diesen Mehr-Einnahmen gegenüber ist der augenblickliche Cours der Oberschl. Bahn-Actien vollständig ungerechtigt, denn während das Papier im vorigen Jahre bei einer vorläufigen Dividende von 13 1/2% um diese Zeit über 200 Thlr. stand, ist die jetzige Notiz von 189 Thalern bei einer zu erwartenden Dividende von ca. 15% fast unerklärlich (die Berlin-

Anhalter Stamm-Actien stehen z. B. bei einer vorjährigen Dividende von 13 $\frac{1}{2}$ % und einer Minder-Einnahme von 61,848 Thlr. 195 $\frac{1}{2}$ Thlr., und nur durch die bisherige Ungewißheit über die Bauprojecte zu begründen, welche sich jedoch nach obiger Auseinandersetzung für die Actionaire nur vortheilhaft gestalten können.

Breslau, 22. Oct. (Oberschlesische Eisenbahn.) Man meldet von hier der „B. B. Z.“ ein für die Verhältnisse der Oberschlesischen Bahn sehr wichtiges Factum: Es befindet sich im Besitz der Gesellschaft die im Zabcer Walde gelegene Guido-Grube, die ganz außerordentlich reiche Kohlenschätze enthält. Die Direction hat dieselbe bereits seit dem August v. J. wieder in Betrieb setzen lassen und den Schacht vollständig wasserfrei gemacht. Die Verhältnisse beim Abbau dieser Grube gestalten sich nunmehr so günstig, daß die Bahn eine ganz ausgedehnte Förderung beginnen kann und nunmehr in die Lage kommen dürfte, den größten Theil ihres Kohlenbedarfs aus ihrem eigenen Werke zu entnehmen. Man fügt uns hinzu, daß der Vortheil, der hierdurch voraussichtlich entstehen wird, im Jahre 200,000—250,000 Thlr. betragen dürfte. Die Grube kostet im Ganzen incl. der im vorigen Jahre darauf verwendeten 79,536 Thlr. und der bisherigen diesjährigen Aufwendungen der Gesellschaft ungefähr 600,000 Thlr., was zu der sehr beträchtlichen Ersparnis, welche für die Gesellschaft in der Folge bei den Kohlenbeschaffungen dadurch entstehen wird, in gar keinem Verhältnis steht. Auch die Frage, ob man die gleichfalls der Oberschlesischen Bahn gehörige, zur Zeit aber in Fristen liegende Grube „Direction“ wieder in Betrieb setzen solle, ist neuerdings erörtert, zur Zeit aber noch verneint worden.

Berlin, 21. Oct. Der Handelstag hat sich heute in der Hauptsache damit beschäftigt, die wichtigsten seiner Beschlüsse aus dem Jahre 1865 wieder aufzuheben. Zunächst in der Münzfrage. Wie damals allein Bremen für die Goldwährung, so trat heute allein Berlin rückhaltlos für die Silberwährung ein. Der Universitäts-Professor Niesel von hier versuchte als Vertreter von Halle die Doppelwährung vorzuschlagen, fand aber nur geringe Unterstützung. Nachdem sich die große Mehrheit für die alleinige Goldwährung mit consequenter Durchführung des Decimalsystems entschieden hatte, beschloß der Handelstag zunächst mit 58 gegen 57 Stimmen, eine seltene Reihenfolge der Fragestellung waltet hier ob, auch über die Wertheinheit etwas zu beschließen. Bei der folgenden Frage, welche Wertheinheit dann anzunehmen, entschied man sich mit 67 gegen 43 Stimmen für den Auschufantrag, welcher alternativ das goldene Fünffrankenstück und das 2 $\frac{1}{2}$ -Frankenstück mit 10- und 100facher Eintheilung empfiehlt. Von 1861 bis 1865 hatte der Handelstag beknüpflich für das Mark (10 Sgr.) agitirt. Zu der Frage der Eisenbahnfrachten debütierte Dr. Alexander Meyer (früher Gerichtsaffessor und Medauctor der Wessertzeitung, seit 1866 Syndicus der Breslauer Handelskammer) vor dem Handelstage mit einem parlamentarisch eleganten und von seinem Humor gewürzten Vortrage. Während bis dahin der Handelstag mehr oder weniger deutlich sich für staatl. die Maßregelung der Eisenbahnen in Bezug auf Differentialtarife, Einspennigtarif und Frachtbedingungen ausgesprochen, vertrat Meyer den Standpunkt der freien Concurrenz, wie ihn in der Wissenschaft dem Eisenbahngewerbe gegenüber besonders Michaelis entwickelt hat. Die Differentialtarife sind die erste Wirkung der beginnenden Concurrenz unter den Eisenbahnen, es kommt darauf an, dieselben nicht zu beseitigen, sondern für immer mehr Orte einzuführen. Der Fehler der Eisenbahnen ist, daß sie in Ermangelung von Concurrenz bisher noch nicht gelernt haben, im eigenen Interesse kaufmännisch zu rechnen. Meyer empfiehlt als Referent die Auschufanträge, welche den Eisenbahnen Trennung des Frachtverkehrs vom Fahrverkehr empfehlen und in einzelnen Punkten Aenderungen in den Frachtverträgen verlangen. Moll (Mannheim) befürwortet nun als „practischer Kaufmann“ den „theoretischen Aeußerungen“ gegenüber den früheren Standpunkt und kommt dabei auf ganz theoretisch allgemeine Sätze, einheitliche Classification, einheitliche Meilenätze und einheitlicher Pfenningstarif. Stephan (Königsberg): Die Frage ist noch nicht reif. Lehner Sie alle Anträge ab; hüten Sie sich aber, solche Beschlüsse wie 1865 in Frankfurt zu fassen, welche jetzt Herr Moll wieder aufnimmt. Dieselben sind weder von den Eisenbahnen noch von der Presse, noch von den Regierungen beachtet worden. Meyer (als Referent): Es wäre doch schade, wenn nach mehrstündiger Debatte gar nichts beschlossen würde. Die Anträge von Moll werden darauf abgelehnt diejenigen von Meyer und dem Ausschuss mit großer Mehrheit angenommen. Bei der Abstimmung herrscht indeß große Unklarheit. Der Präsident bemerkt zum Schluß: Ueber einen Moll'schen Antrag, den Einspennigstarif betreffend, ist abzustimmen vergessen worden. Moll: Ich ziehe den Antrag zurück. Präsident: Das geht nicht, wir sind mitten in der Abstimmung. — Der Antrag Moll wird darauf angenommen, obwohl er sich im Widerspruch mit den bereits schon angenommenen Auschufanträgen befindet. Der Generalsecretair Maron läuft

verzweiflungsvoll die Hände ringend auf der Bühne umher. Wie soll er nachher für die Ausführung von zwei sich widersprechenden Anträgen sorgen? Auch 1865 passirte es dem Handelstage in derselben Frage sich widersprechende Beschlüsse zu fassen. In einer Anmerkung des Bureaus zu den stenographischen Berichten wurde dies mit der „stichtlichen Ermüdung und der Kürze der noch disponiblen Zeit“ entschuldigt und nachträglich vom Bureau eine andere Fassung „als der formell gültige Beschluß“ hingestellt. Heute beschwerte sich nach der Abstimmung ein Redner, daß er nicht das Wort erhalten, um seinen von der Mehrheit unzweifelhaft nicht richtig gewürdigten Antrag, die Verhältnisse der Stromfrachten betreffend, zu begründen. Unter großer Heiterkeit bemerkt ihm der Präsident, sein Antrag sei angenommen, er könne sich also beruhigen und die Gründe zu den Acten geben. Dr. Weigel als Referent empfiehlt Angesichts der im Werke befindlichen Civilprozeßordnung die früheren Beschlüsse in Betreff der Handelsgerichte zu erneuern. Die Prozeßordnung werde zwar nur für Norddeutschland gemacht, wenn sie fertig sei, werde aber wohl aus dem norddeutschen Bunde der deutsche Staat geschaffen sein. (Lebhafter Beifall.) Ein Redner aus Karlsruhe bemerkt, in Baden beständen bereits Handelsgerichte. Müller (Stuttgart): In Württemberg sind sie wieder aufgehoben worden. Ein Redner aus Ulm berichtet dies; nur die Zahl der kaufmännischen Schöffen ist vermindert worden. Dessauer (Aischaffenburg) wünscht vom anerkannten Standpunkte, daß die Competenz des Zollparlamentes in wirtschaftlichen Dingen erweitert werde. Handelsgerichtssecretair Härter (Düsseldorf) spricht gegen die juristische Spitze bei Handelsgerichten; am Rhein wolle man die rein kaufmännisch bestetzten Gerichte behalten. Der Auschufantrag wird angenommen. Bei Votenschluß scheidet sich die stichtlich ermüdete Versammlung an, die noch übrigen vor den Tariffragen stehenden vier Punkte der Tagesordnung in parlamentarischen Sturmgalopp des Reichstages zu erledigen.

Berlin, 22. Oct. Im Verlauf der gestrigen Sitzung des vierten deutschen Handelstages wurde über das Eisenbahnfrachtwesen beschlossen, daß die Durchführung der Unterscheidung zwischen Fahrverkehr und Frachtverkehr in Gesetz und Praxis wünschenswerth sei. Der bleibende Ausschuss wurde beauftragt, im Sinne dieses Grundsatzes eine Petition an das Bundeskanzleramt zu richten und dabei nach Anleitung der Denkschrift vom Mai 1863 eine Verschärfung der Haftpflicht der Eisenbahnen, namentlich in den Fällen des Diebstahls, erwiesener Fahrlässigkeit der Beamten und des Bruchschadens anzuregen, auch daß der Mißbrauch der verspäteten Abstempelung der Frachtbriefe bestraft werde. Ferner wurde beschlossen, daß es erforderlich sei, die Eisenbahn-Verwaltungen zu verpflichten, auf Erfordern der interessierten Kaufleute und Nachnahmescheine zu ertheilen, und wurde der bleibende Ausschuss beauftragt, auch in dieser Beziehung auf die Durchführung der in der gedachten Denkschrift entwickelten Grundzüge hinzuwirken, so wie dahin, daß die Haftpflicht für die versäumte Lieferzeit auch für den durchgehenden Verkehr mit Artikel 427 Absatz 2 des Handelsgesetzbuchs in Einklang gebracht werde. In Betreff der Verhältnisse der Stromschiffahrt, insbesondere der Ladescheine, der Leichterschiffahrt, der Havarie, der Collision, der Vollmacht des Schiffers wurde eine nochmalige Vorberathung in einer Subcommission und demnächstige Berathung in dem bleibenden Ausschuss erforderlich. Letzterer wurde ermächtigt, demnächst eine Denkschrift über diese Verhältnisse an das Bundeskanzleramt zu richten. Weiter beschloß der Handelstag, daß in einer Petition an die Bundesbehörde verlangt werde, daß in Bezug auf die Strom- und Binnenschiffahrt folgendes (sodal) als thunlich zum Gesetz erhoben würde: 1) Der Eigentümer des Frachtfahrzeuges haftet mit Fahrzeug und Fracht für die Handlungen des Schiffers, ebenso wie der Schiffsbefehrer nach Art. 451, 452 und 502 des Handelsgesetzbuchs. Das Gleiche gilt auch in dem Falle, wenn der Schiffer das Fahrzeug als Pächter für eigene Rechnung führt. 2) Ein zum Abgange fertig beladenes Binnen-Fahrzeug darf wegen Schulden nicht mit Beschlagnahme belegt werden, es sei denn, daß die Schulden zum Behuf der anzutretenden Reise gemacht worden sind. Durch eine Beschlagnahme von bereits am Bord des Fahrzeuges befindlichen Gütern wegen Schulden kann deren Wiederausladung nur in denjenigen Fällen erwirkt werden, in welchen der Ablader selbst die Wiederausladung zu fordern befugt wäre, und nur gegen Leistung desjenigen, was dieser alsdann zu leisten haben würde.

Der 4. Gegenstand der Tages-Ordnung betraf die Handels-Gerichte. Referent Dr. Weigel aus Kassel beantragt die Annahme folgender Resolution: „Der Handelstag beschließt: Den Kanzler des norddeutschen Bundes zu ersuchen, bei der von Bundeswegen bevorstehenden, bezüglich in untrennbarem Zusammenhange mit der Civilprozeß-Gesetzgebung bereits in Angriff genommenen Justiz-Organisation auf alsbaldige Einrichtung von Handelsgerichten, nach Maßgabe der Beschlüsse des Handelstages zu Heidelberg vom 17. Mai 1861 und des Handelstages

zu Frankfurt a/M. vom 27. September 1865 Bedacht nehmen zu wollen.“ Der Antrag wurde angenommen.

Es folgte sodann die Berathung über die Concurs-Ordnung und wurde der Antrag des bleibenden Ausschusses angenommen. Derselbe lautet: Der Handelstag wolle sich folgenden Resolutionen anschließen: I. Die baldige Emanation einer gemeinsamen Concurs-Ordnung für das Gebiet des Zollparlamentes ist eine dringende Nothwendigkeit. Unabhängig von derselben und noch vor ihr kann ein Gesetz über kaufmännische Accorde emanirt werden. II. Für das Accordgesetz sind folgende Grundzüge empfehlenswerth: a) Ein Accord kann innerhalb des Concursverfahrens, oder unabhängig von demselben, zur Anwendung des förmlichen Concurses nach den Bestimmungen des Accordgesetzes beschloffen werden. b) Der Accord bedarf der gerichtlichen Bestätigung zur Sicherung seiner Vollstreckbarkeit. Die Würdigkeit des Gemeinschuldners, die Wahrung des öffentlichen Interesses und des Interesses des Gemeinschuldners hat das Gericht bei Bestätigung des Accordes nicht zu prüfen. c) Die Ehefrau des Gemeinschuldners, sowie diejenigen Gläubiger, welche ihre Forderungen erst nach erfolgter Insolvenz-Erklärung durch Singular-Succession erwerben haben, bleiben von der Stimmberechtigung im Accord ausgeschlossen. Die Forderungen derselben werden bei Ermittlung der für die Annahme des Accordes erforderlichen Majorität in Rechnung gezogen. Gläubiger, die sich bei der Abstimmung über den Accord nicht betheiligen, obwohl sie die Stimmberechtigung für ihre Forderungen erworben haben, sowie solche Gläubiger, die sich an dem Concursverfahren nicht betheiligen, obwohl ihre Forderungen vom Verwalter und vom Gemeinschuldner anerkannt sind, werden so betrachtet, als widersprächen sie der Annahme des Accordes. III. Auf die Verwältung der Activmasse ist den Gläubigern ein möglichst ausgedehnter Einfluß einzuräumen. Daher sind a) für die Bestellung des einstweiligen Verwalters ähnliche Vorschriften empfehlenswerth, wie sie in der preussischen Concursordnung für die Bestellung des definitiven Verwalters bestehen; b) ferner ist der Gläubigerschaft das Recht einzuräumen, sofort im ersten Termine die Einsetzung eines Verwaltungsrathes zu fordern und denselben zu wählen, und c) ist den einzelnen Gläubigern der Status und alles zur Beurtheilung des Concurses wichtige Material in möglichst ausgedehnter Weise zugänglich zu machen. IV. Die Ueberweisung der Concurs- und der Accorde außerhalb des Concursverfahrens, mit Ausnahme der gemeinen Concurs, an die Handelsgerichte ist unerlässlich für die zweckmäßige Handhabung des Verfahrens. — Auf Anträge des Vorstehenden wurde beschloffen, auch noch einen vierten Tag für die Verhandlungen hinzuzunehmen. Die Sitzung wurde hierauf um 5 $\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen.

— In der heutigen Sitzung des deutschen Handelstages stellte der Präsident zunächst die Frage wegen des Marken-schutzes zur Debatte. Es wurde angenommen der Antrag des Ausschusses:

„Die Emanation eines Gesetzes zum Schutze der Fabrikmarken und Etiquetten innerhalb des Zollvereins ist dringend geboten.“

Die Behörden des Zollvereins sind zu ersuchen, die für statthaft erkannten Normen des Schutzes auch durch Verträge mit anderen Ländern in weitesteter Ausdehnung zur Geltung zu bringen.

Der bleibende Ausschuss wird beauftragt, eine motivirte Eingabe für diesen Zweck an die zuständigen Behörden zu richten.“

Der zweite Gegenstand der Berathung bezog sich auf die Angelegenheit wegen des Wechselstempels, wobei sich die Versammlung mit dem folgenden Antrag des Ausschusses einverstanden erklärte:

„Es ist wünschenswerth, daß in den deutschen Staaten, in welchen der Wechselstempel erhoben wird, derselbe in gleichmäßiger Gebühr und nach gleichmäßigen Normen erhoben wird und daß ein in einem der Staaten abgestempelter Wechsel in den anderen Staaten der Stempelpflicht entzogen ist.“

Die jetzigen Wechselstempelgesetze der Einzelstaaten, welche von einander abweichen und unabhängig von einander bestehen, hemmen die freie Circulation innerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes; daher ist ihre Abschaffung anzustreben.“

Hierauf trat eine einstündige Pause ein, nach welcher die Berathungen fortgesetzt wurden.

Berlin, 22. Oct. (B. B. C.) (Bankett des 4. deutschen Handelstages. Das von der Berliner Kaufmannschaft veranstaltete Fest zur Begrüßung der Abgeordneten des vierten deutschen Handelstages fand gestern Abend in den Räumen des Kröll'schen Stablimmentes statt. Etwa 3—400 Personen waren zur Theilnahme an der Festlichkeit erschienen, der von Anfang an der Charakter des Behaglichen und Gemüthlichen aufgeprägt wurde. Namentlich erwarb sich den Dank der Gäste die mehrmalige Unterbrechung der Tafel durch theatralische Aufführungen, wobei wir indeß nicht behaupten wollen, daß der Inhalt der letzteren ein besonders gebiegender gewesen. Die Zahl der Toaste hielt sich ziemlich bescheiden; Geheimrer Commerzienrath Conrad eröffnete den Reigen mit dem Toast auf König Wilhelm und seine Zollvereins-Verbündete, dann folgte Com-

Verloofungen und Kündigungen

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse
138. königlicher Klassen-Lotterie fielen
 2 Gewinne zu 5000 Zflr. auf Nr. 60013 63562.
 3 Gewinne zu 2000 Zflr. auf Nr. 41459 51087 65845.
 24 Gewinne zu 1000 Zflr. auf Nr. 4818 6314 17949 18415
 18973 26750 29190 29785 33326 34071 34185 35842 35877
 36065 40964 51750 52907 53986 55332 55842 56129 57634
 60362 62542 65648 71845 72999 74259 76313 76328 77188
 80503 82311 88078
 56 Gewinne zu 500 Zflr. auf Nr. 2560 3470 4714 6186
 7514 8001 10751 10864 11737 15130 20275 20579 20610
 21424 22621 23639 26123 28047 28059 29330 29518 30149
 31141 31690 33124 36876 37039 40319 40403 40530 40973
 41143 43243 45530 45673 46608 46665 47145 55818 57831
 63233 63378 66398 67721 69366 70703 73748 77943 78927
 82441 83493 83609 83887 84689 87750 88647.
 57 Gewinne zu 200 Zflr. auf Nr. 1474 1981 2335 5121
 11803 13987 14083 15096 15256 15687 18402 18609 19947
 22414 28292 30174 32023 32390 32444 35008 35181 35913
 37614 39852 41498 41813 44024 48079 48650 50505 53859
 54166 57208 57657 57819 58368 60099 62813 64276
 66743 67115 69910 72224 72617 77564 78731 80738 82497
 82613 84323 88381 88845 90178 90180 90571 92924 94471.
 Berlin, den 22. October 1868.

Königl. General-Lotterie-Direction.

Neueste Nachrichten. (W. L. B.)

Wien, 22. Oct. In der heutigen Sitzung des Reichsraths wurde der von dem confessionellen Ausschusse vorgelegte Gesetzentwurf über Misch-Ehen zwischen Christen verschiedener Confessionen in den Hauptpunkten mit 63 gegen 56 Stimmen abgelehnt. — Der Reichsfänger Freiherr von Beust ist mit großer Majorität in den Wehrgefeß-Ausschuss gewählt worden.

Paris, 21. Oct. „Opinion nationale“ versichert, der französische Gesandte in Madrid, Mercier, habe die Weisung erhalten, sich mit den Hauptführern der provisorischen Regierung zu verständigen, um die Beschlüsse des spanischen Volkes in Bezug auf die zukünftige Regierungsform zu beschleunigen.

Paris, 22. Oct. „Gaulois“ meldet: Dlozaga trifft demnächst hier ein und übernimmt die Leitung der spanischen Gesandtschaft bis zum Zusammentritt der Cortes. — Mac Mahon wird am Sonnabend hier erwartet.

London, 22. Oct. Aus New-York wird gemeldet, daß die demokratische Partei, gegenüber den Befreiungen zu Gunsten der Candidatur Chases, die Candidaturen Seymours und Blairs zur Präsidentschaft und Vice-Präsidentschaft aufrecht erhält. Man betrachtet allgemein die Erwählung Grants für sicher.

Madrid, 22. Oct. Die Junta von Barcelona hat sich nicht aufgelöst und sich über die Motive ihres Fortbestandes in einer besonderen Bekanntmachung geäußert. Die Junten in den meisten anderen Städten haben sich aufgelöst.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 23. Octbr. (Anfangs-Course.) Aug. 2 1/2 U. Cours v. 22. Oct.

Weizen 7er October . . .	68	67 1/2
April-Mai . . .	62	62
Roggen 7er October . . .	57 1/2	58 3/8
Octbr.-Novbr. . .	55 1/2	55 1/2
April-Mai . . .	51	51
Rüböl 7er Octbr.-Novbr. . .	9 1/2	9 1/2
April-Mai . . .	9 1/2	9 1/2
Spiritus 7er October . . .	18 1/2	17 1/2
Octbr.-Novbr. . .	17 1/2	16 1/2
April-Mai . . .	16 1/2	16 1/2

Fonds u. Actien.		
Freiburger	115 1/2	115 3/4
Wilhelmsbahn	113 1/2	113 1/2
Oberschles. Litt. A.	188 3/4	188 3/4
Warschau-Wiener	58 3/4	58 3/4
Defterr. Credit	92 1/2	93
Italiener	53	53
Amerikaner	78 3/8	78 3/8

Berlin, 23. Octbr. (Schluß-Course.) Aug. 3 1/2 Uhr. Cours vom 22. Oct.

Weizen, Tendenzlos.		
7er October	68	67 1/2
April-Mai	62	62
Roggen, Flu.		
7er October	57	58 3/4
Octbr.-Novbr.	55	55 1/2
April-Mai	51	51
Rüböl, Still.		
7er Octbr.-Novbr.	9 1/2	9 1/2
April-Mai	9 3/8	9 3/8
Spiritus, Schwankend.		
7er October	18 1/2	17 1/2
Octbr.-Novbr.	16 1/2	16 1/2
April-Mai	16 1/2	16 1/2

Fonds und Actien. Belebend.		
Staatsschuldcheine	81 1/2	81 3/8
Freiburger	115	115
Wilhelmsbahn	113 3/8	113 3/8
Oberschles. Lit. A.	188	188 3/4
Tarnowitzer	79 3/4	79 3/4
Warschau-Wiener	58 3/4	58 3/4
Defterr. Credit	92 1/2	92 1/2
Defterr. 1860er Loose	74	73 3/4
Poln. Liquid.-Pfandb.	56 3/8	56 3/8
Italiener	52 1/2	53
Amerikaner	79	78 3/8
Russ. Banknoten	84 1/2	84 3/8

Stettin, 23. October.

Weizen, Leblos.		
7er October	72 1/2	72 1/2
Frühjahr	68	68
Roggen, Leblos.		
7er October	57 1/2	57 1/2
Octbr.-Novbr.	55	55
Frühjahr	51	51
Rüböl, Matter.		
7er October	9 1/2	9 1/2
April-Mai	9 3/8	9 3/8
Spiritus, Fallend.		
7er October	17	17 1/2
Octbr.-Novbr.	16 1/2	16 1/2
Frühjahr	16	16 1/2

Wien, 23. October. (Schluß-Course.)

5% Metalliques	57, 15	
National-Anl.	62, 80	
1860er Loose	84, 30	
1864er Loose	97, 40	
Credit-Actien	211, 20	
Nordbahn	185,	
Galizier	207, 25	
Böhmische Westbahn	154,	
St.-Eisenb.-Act.-Cert.	260, 50	
Lombard. Eisenbahn	186, 10	
London	115, 50	
Paris	45, 75	
Hamburg	85,	
Cassenscheine	170, 25	
Napoleonsd'or	9, 22 1/2	

Frankfurt a. M., 22. Oct., Nachm. 2 1/2 Uhr. Etwas schwächer. — Schluß-Course: Wiener Wechsel 103 1/2, Defterr. National-Anlehen 53 1/2, Defterr. 5procent. steuerfr. Anleihe 51 3/4.

Cours v. 22. Oct.

72 1/2	
68	
57 1/2	
55	
51	
9 1/2	
9 3/8	
17 1/2	
16 1/2	
16 1/2	

Wien, 22. Oct., Abends. Fests. [Abendbörse.] Credit-Actien 211, 40, Staatsbahn 260, 90, 1860er Loose 84, 30, 1864er Loose 97, 30, Bankactien 759, 00, Steuerfreie Anleihe —, Galizier 207, 25, Lombarden 186, 10, Napoleonsd'or 9, 22.

Paris, 22. Octbr., Nachm. 3 Uhr. Unbelebt. — (Schluß-Course.) 3% Rente 70, 37, Italien. 5% Rente 54, 10, Defterr. Staats-Eisenbahn-Actien 576, 25, do. ältere Prioritäten —, do. neuer Prioritäten —, Credit-Mobilier-Actien 281, 25, Lombardische Eisenbahn-Actien 413, 75, do. Prioritäten 219, 6% Verein. Staaten-Anl. pr. 1882 (ungef.) 82 1/2.

Paris, 22. Oct. Bankausweis. Vermehrt: Vorschüsse auf Werthpapiere um 553,600, Guthaben des Staatschazes um 7,613,143. Vermindert: Baarvorrath um 6,716,938, Portefeuille um 1,931,405, Privatrechnungen um 17,969,421 Francs.

Paris, 22. Oct., Nachmittags. Rüböl 7er Octbr. 79, 50, 7er Jan.-April 79, 50. Mehl 7er Oct. 64, 00, 7er Januar-April 62, 00 fest. Spiritus 7er Octbr. 75, 50. — Wetter schön.

London, 22. Octbr., Nachm. 4 Uhr. Schluß-Course. Consols 94 1/16, 1procent. Spanier 33 3/4, Italiensische 5procent. Rente 53 3/8, Lombarden 16 1/16, Mexicaner 16 3/16, 5procent. Russen 88 3/8, Neue Russen 89, Silber 60 1/16, Türk. Anleihe de 1865 41 1/16, 8procent. rumänische Anleihe 83, 6procent. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 73.

London, 22. October, Abends. Bankausweis. Notenumlauf 23,493,790, (Abnahme 1,022,125), Baarvorrath 19,947,174, (Abnahme 217,076), Notenreserve 9,357,185, (Abnahme 210,770) Pfd. St.

Neueschesträße Nr. 46 im „Zweifel“ ist ein heller, luftiger Boden zu vermieten. Näheres beim Haushalt er daselbst.

„ROYAL“

Feuer- u. Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in Liverpool.

Hiermit zeigen wir ergebenst an, dass unser bisheriger Vertreter Herr **Carl John in Breslau**, nach freundschaftlichem Uebereinkommen, sein Mandat als General-Agent für uns niedergelegt hat und wir daher unsere General-Agentur **Breslau**, wozu die Regierungs-Bezirke **Breslau** u. **Oppeln** ressortiren, dem Herrn **Moritz Schlesinger in Breslau** übertragen haben. Derselbe ist mit Vollmacht zur sofortigen Ausstellung von Feuer-Versicherungs-Documenten durch uns versehen worden. Berlin, den 15. October 1868.

Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft „ROYAL“.
 Der General-Bevollmächtigte **Wilh. Renowitzky.**

Auf vorstehende Anzeige Bezug nehmend, empfehle ich die

„ROYAL“, Versicherungs-Gesellschaft

zum Abschluss von **Feuer- und Lebens-Versicherungen** unter **con-**
lantent Bedingungen und **mässigen** Prämien.

Breslau, den 15. October 1868.

Der General-Agent

Moritz Schlesinger, Junkernstrasse Nr. 4.

NB. Solide Agenten werden gesucht und um Bewerbungen gebeten.

Oppeln-Tarnowitzer Eisenbahn-Gesellschaft.

Die Herren Actionaire der Oppeln-Tarnowitzer Eisenbahn-Gesellschaft werden unter Bezugnahme auf die §§ 28, 29, 31, 58 des Gesellschafts-Statuts zu einer
auf Sonnabend, den 14. November 1868, Nachmittags 4 Uhr,
zu Breslau im kleinen Saale der neuen Börse, Wallstraße Nr. 6,
 anberaumten

außerordentlichen General-Versammlung

hierdurch eingeladen.

In dieser General-Versammlung soll berathen und beschlossen werden

- 1) über eine anderweite Organisation der Direction der Gesellschaft und der statutarischen Obliegenheiten und Befugnisse derselben und des Aufsichtsrathes, insbesondere Aufnahme befohdeter Mitglieder in die Direction, welchen die administrative und technische Oberleitung der Geschäfte und des Betriebes der Gesellschaft obliegen und zustehen soll;
- 2) über Abänderung des Statuts der Oppeln-Tarnowitzer (Rechte-Ufer) Eisenbahn-Gesellschaft nach Maßgabe der ad 1 zu fassenden Beschlüsse und Ermächtigung des Verwaltungsrathes den betreffenden Statuten-Nachtrag nach Maßgabe und im Sinne dieser Beschlüsse mit der königlichen Staats-Regierung zu vereinbaren und zu vollziehen.

Unter Bezugnahme auf § 31 des Statuts wird mitgetheilt, daß die Deposition der Actien, Quittungs-

bogen, resp. Anerkennißscheine und Bescheinigungen:

- a. Entweder bei einer unserer Gesellschaftskassen, insbesondere bei der Hauptkasse der Gesellschaft in Breslau, Gartenstraße Nr. 22 a,
- b. oder bei der Preussischen Hypotheken-Credit- und Bank-Anstalt, Commandit-Gesellschaft auf Actien, Herrmann Henckel zu Berlin, Wilhelmstraße Nr. 62,

erfolgen kann.

Breslau, den 21. October 1868.

[750]

**Der Vorsitzende
 des Verwaltungsrathes der Oppeln-Tarnowitzer Eisenbahn-
 Gesellschaft.**

Hugo Fürst zu Hohenlohe.